

Anton Pelinka

FLÜCHTLINGSSITUATION: 1947 UND HEUTE

Vortrag, Radiokulturhaus Wien, 17.05.17

Um zu verstehen, welche Katastrophen in der Vergangenheit – zum Beispiel in Europa um die Mitte des vorigen Jahrhunderts – und heute zu beobachten sind; und auch um aus einer Analyse die Frage nach politischen Auswegen zu beantworten, ist es notwendig, zu differenzieren: Katastrophe ist nicht Katastrophe, Flucht ist nicht Flucht, Vertreibung ist nicht Vertreibung.

Heute beobachten, heute beklagen wir

- Flucht vor politischer Verfolgung – mit einem nach Völkerrecht verbrieftem Anspruch auf Asyl
- Flucht vor Krieg und kriegerischer Gewalt – mit einem weitgehend akzeptierten Anspruch auf Aufnahme auf Zeit
- Flucht vor ökonomischer Not – mit keinem damit verbundenen Anspruch, irgendwo Aufnahme zu finden

Absage an ein intellektuelles Amalgam, das zu politischer Handlungsunfähigkeit führt

Die Schwierigkeit, zu differenzieren, steht einem in sich schlüssigen politischen Umgang im Wege. Die verschiedenen Phänomene werden miteinander vermischt – und machen eine politische Antwort, machen eine Politik fast unmöglich. Die Unfähigkeit zu differenzieren verhindern eine politische Strategien und Maßnahmen, die den Opfern gerecht werden und die Folgen der menschlichen Katastrophen möglichst so weit wie möglich aufheben. Dabei ist zu unterscheiden:

Die polemische Vermischung: Die Familie, die dem Massenmorden in Syrien entkommen ist, wird mit dem jungen Nigerianer gleichgesetzt, der in Europa die Lebenschancen zu finden hofft, die er in Lagos oder in Kano nicht findet.

Die gut gemeinte Vermischung: Not wird mit Not gleichgesetzt und von Europa wird gefordert, die Tore allen zu öffnen, die in Not sind – und damit wird unbeabsichtigt die Politik der Hysterisierung gefördert, die Europa in die Hände derer treibt, die das bereits erreichte Niveau einer dem Universalismus verpflichteten Politik zerstören wollen – in die Hände der Scharlatane, die sich als Anwälte „des Volkes“ geben.

Diese Vermischung hat manche Parallelen zur Situation der NS-Zeit. Es gab auch im Gefolge der Errichtung der NS-Diktatur in Deutschland unterschiedliche Phänomene – unbeschadet der allen innewohnenden Not:

- Flucht vor politischer Verfolgung: Gegner des NS-Regimes, die ab 1933 ins Exil gingen (nach Paris und Prag, nach Moskau und London und Brüssel und auch nach Wien: wie Eugen Kogon, wie Carl Zuckmayr)
- Flucht vor Krieg und kriegerischer Gewalt: Polen 1939, Frankreich 1940, die UdSSR 1941, aber auch: vor der „Roten Armee“, 1942 – 1945
- Flucht als Folge von Vertreibung, von ethnische „Säuberungen“: In Polen 1939, um Platz für Deutsche zu machen – etwa im „Warthegau“; aber auch von Vertreibung im Gefolge sowjetischer Politik (gerichtet gegen sowjetische Ethnien, aber auch gegen Polen und Deutsche).
- Flucht im Zusammenhang mit dem Chaos permanenter Guerilla: Tim Snyders „Bloodlands“ beschreibt und analysiert die Gewalt und die dadurch verursachte Flucht in Ostpolen, der Westukraine, Weißrussland und Litauen, wo zwischen 1942 und 1945 wo in einer Guerilla die verschiedenen Nationalitäten gegeneinander und gegen die deutsche Besatzung kämpften um durch Vertreibungen ethnische Tatsachen zu schaffen
- Flucht als Folge staatlich legitimer Vertreibung: 1945 in systematischer, in Potsdam legitimer Form - die Vertreibung der Deutschen aus Polen, aus der CSR, aus Jugoslawien – aber auch der Polinnen und Polen aus der Ukraine und aus Weißrussland
- Die Flucht und Vertreibung der Jüdinnen und Juden – eine Flucht, die in vielem eine Analogie zu den anderen Phänomenen aufwies, aber auch eine Besonderheit. Es sind die Besonderheiten dieser Vertreibung, die zur Flucht derer, die der Shoah entkommen waren, im Jahre 1947 führte: Ohne den Holocaust, und ohne dessen Wahrnehmung als eines zentralen, mit dem Krieg und mit Kriegsverbrechen ursächlich nicht verbundenen, erstmaligen Verbrechens gegen die Menschheit ist „Alpine Crossing“ nicht zu verstehen, nicht zu bewerten.

Analogie und Differenz

Diese Besonderheit, diese Erstmaligkeit hebt sich von den Analogien ab, die zwischen der Politik der Vernichtung, der Ausmordung des europäischen Judentums und der Politik der ethnischen und politischen Vertreibung ebenfalls festzustellen sind: Gemeinsamkeit und Besonderheit.

- Analogie: Sie besteht in der Verbindung von Beraubung und Vertreibung. Die Vorstufe der Politik der physischen Vernichtung der Jüdinnen und Juden war deren Entrechtung, Beraubung, Vertreibung.
- Analogie: Sie bestand in der letztlich willkürliche Konstruktion des „Anderen“, des „Fremden“ – der Kulturalisierung, der Ethnisierung, der Erfindung von Differenz: Die Behauptung eines angeblich natürlichen Unterschieds zwischen Juden und Deutschen war von der prinzipiell gleichen Willkürlichkeit wie die Konstruktion der natürlichen

Differenz zwischen Polen und Deutschen, aber auch zwischen Ungarn und Rumänen, zwischen Serben und Kroaten.

- Analogie: Sie besteht auch in der simplen Raublust, die den jeweils Schwächeren Land und andere Vermögenswerte kostet – den jüdischen Versicherungsangestellten in Wien ebenso wie die polnische Bäuerin in dem früheren Ostpolen; den deutschen Gewerbetreibenden in Brünn ebenso wie der jüdischen Familie, die glaubte, 1945 in „ihr“ polnisches Dorf oder „ihre“ Wohnung in einer polnischen Stadt zurückkehren zu können

Die Feststellung dieser Analogien muss aber zur wesentlichen Besonderheit – zur Shoah, zum Holocaust als erst- und bisher einmaligen Verbrechen gegen die Menschheit. Der Holocaust war nicht Vertreibung, sondern Ausmordung. Entrechtung, Beraubung, Vertreibung waren die Vorstufen zu etwas, was die Geschichte so noch nicht gekannt hat: Die weder ökonomisch noch militärisch erklärbaren Morde von Babi Jar und Treblinka, Sobibor und Auschwitz-Birkenau.

Freilich, eine Komplikation bei der Bewertung und Beurteilung muss in Rechnung gestellt werden: Der Holocaust war 1939 noch nicht wirklich vorstellbar – die Beraubung und Vertreibung der Jüdinnen und Juden war eine Vorstufe des Holocaust. Dieser begann mit dem deutschen Überfall auf Polen und insbesondere der UdSSR (mit den von vornherein zum Massenmord an der jüdischen Bevölkerung abgestellten Einsatzkommandos) und dessen „Design“ wurde der Wannsee-Konferenz im Jänner 1942 dokumentiert – als eine gesamteuropäische Politik, als Gesamtarchitektur jenseits militärischer Kalküle.

Angesichts der Erstmaligkeit, gegenüber der bisherigen Einmaligkeit des Holocaust ist abermals eine Differenzierung angebracht – vor allem auch, wenn der Holocaust und seine Folgen, zu denen auch die Überquerung der Alpen 1947 gehörte, in einen vergleichenden Kontext mit der Gegenwart gestellt wird:

- Migration ist nicht Flucht. „Wirtschaftsflüchtlinge“, das ist in jeder nur denkbaren Hinsicht ein in die Irre führender Begriff, der die Situation der politischen Flüchtlinge und der Kriegsflüchtlinge relativiert und damit tendenziell verharmlost. Migration ist ein durch die Jahrhunderte bekanntes Phänomen, das mit sozialer Not und ökonomischer Perspektivlosigkeit zu tun hat. Daraus ergibt sich etwa heute die Notwendigkeit einer europäischen (nicht einer österreichischen oder französischen) Immigrationspolitik – in Konsequenz eines gemeinsamen Europas, eines europäischen Binnenmarktes. Freilich: Es fehlt an gemeinsamen Standards, und es fehlt an der mit Frontex an sich ja begonnenen gemeinsamen Kontrolle der EU-Außengrenze. Es fehlt an einer entsprechenden Bereitschaft (etwa auch Österreichs), sich in europäischer Solidarität mit Griechenland und Italien sich in eine solche europäische Politik einzubringen.
- Politische Verfolgung ist nicht Holocaust. Wären Jüdinnen und Juden im nationalsozialistischen Deutschland bereit gewesen, der NSDAP beizutreten – das hätte ihr Leben nicht gerettet. Jüdinnen und Juden im „Generalgouvernement“, die sich in den Gettos von Warschau, Lodz, Krakau völlig „angepasst“ verhielten und die deutsche Herrschaft in keiner Form bedrohten – die der Vorsitzende des Judenrates des Gettos von Lodz: Sie wurden dennoch ermordet. Es verstellt den Blick auf die Realität der politischen Fluchtbewegungen von heute, wenn der Begriff des Holocaust

- als undifferenzierte Münze im politischen Alltagsdiskurs inflationär verwendet und in einer intellektuell nicht haltbaren Form missbraucht wird.
- Krieg ist nicht Holocaust. Mit dem Ende des „Feldzuges“ gegen Polen setzte der Holocaust gegen das polnische Judentum erst ein. Polen war besiegt, erobert, besetzt; dann erst setzte mit der gesamten Systematik der deutschen Herrschaft die Ausmordung des polnischen Judentums ein. Der Holocaust in Frankreichs und Belgien, den Niederlanden und Luxemburg begann erst nach der Kapitulation dieser Staaten. Die Jüdinnen und Juden in den von Deutschland besetzten Staaten Westeuropas wurden nicht von den Kriegshandlungen an ihrem Leben bedroht, sondern erst nach dem Ende der Kämpfe und der Besetzung des Landes.

Das politische Versagen

Von der internationalen Reaktion auf Flucht und Vertreibung in der NS-Zeit kann viel gelernt werden – auch am Beispiel der USA: Das US State Department und Präsident Roosevelt waren innenpolitisch gehemmt. Roosevelt wollte nicht – jedenfalls nicht vor seiner Wiederwahl 1940 – als ein zum Kriegseintritt gegen das nationalsozialistische Deutschland bereiter Politiker ausgemacht werden. Die Opposition gegen Roosevelt – sie hatte sich in der „America First“- Bewegung zusammengeschlossen – äußerte immer wieder den „Verdacht“, „die Juden“ (unter Verwendung von Stereotypen aus der Geschichte des Antisemitismus) würden die USA in den Krieg treiben. Um den Sieg eines nationalchauvinistischen Populismus zu verhindern, machte Roosevelt Konzessionen – zur Verhinderung des größeren Übels der offen antisemitisch agierenden „America First“ Bewegung.

In der Konferenz von Evian, 1938, hatte sich das bereits auf zwischenstaatlich-diplomatischer Ebene gezeigt: Die Staaten der Welt konnten sich nicht auf eine Politik zur Aufnahme der von Deutschland vertriebenen Jüdinnen und Juden einigen. Freilich: Einzelne Staaten gingen mit einem positiven Beispiel voran: Kuba, oder auch Mexiko.

Das negative Beispiel war das britische „White Book“ von 1939, das ein totales Verbot jüdischer Zuwanderung nach Palästina verhängte. Am Vorabend des Kriegsbeginns wurden jüdische Flüchtlinge systematisch daran gehindert, nach Palästina zu kommen – von einer britischen Regierung, die sich mit einer antijüdisch mobilisierten arabischen Bevölkerung ruhig wollte – mit einer Politik, wie sie auch dem „Appeasement“ gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland entsprach.

Noch im Krieg spielte die Weigerung der Alliierten, die Besonderheit der Ausmordungspolitik des Nationalsozialismus als spezielles Motiv ihrer Kriegsanstrengungen zu definieren, eine Rolle: Die Motive der USA und des Vereinigten Königreiches, ihre Bomberflotten zur Zerstörung der Transportwege nach Auschwitz einzusetzen, waren zwar vielfältig – aber erkennbar auch von der Intention bestimmt, die Rettung des europäischen Judentums nur als einen sekundären Aspekt ihrer Kriegsanstrengungen zu sehen. Besonders deutlich war dies auch in der sowjetischen Politik – etwa beim Kriegsverbrecherprozess im eben erst befreiten Charkow, 1943, ein Prozess, der als Vorläufer des Prozesses von Nürnberg gelten kann: Da waren die Opfer der NS-Mordmaschine durchwegs sowjetische Patrioten, obwohl sie von dem NS-Regime und seinen Kollaborateuren als Jüdinnen und Juden ermordet worden waren.

Die verspätete Wahrnehmung des Holocaust als eines besonderen Verbrechens war 1947 ein in Rechnung zu stellender Umstand. Tom Segev beschreibt in seinem Buch „Die siebte Million“ diese verzögerte Wahrnehmung auch in Israel. Ereignisse, die vor allem die nächste Generation erschüttern sollten – wie der Eichmann-Prozess in Jerusalem und der Auschwitz-Prozess in Frankfurt – schufen erst die Grundlagen für das Bewusstsein, das ab den 1970er Jahren den Holocaust als das zentrale Ereignis des Jahrhunderts einzustufen vermochte: ein Bewusstsein, mit geschaffen und mit geprägt von der TV-Serie Holocaust, von Filme wie „Schindlers Liste“ – und dem Entstehen von Holocaust- Memorials nicht nur, aber vor allem in den USA; sowie der Entwicklung von Holocaust-Curricula nicht nur, aber vor allem in den USA.

Die Reaktion in dem von der NS-Herrschaft befreiten Europa auf die Tatsache, dass der Nationalsozialismus sein Ziel, die Vernichtung des Judentums in Europa, zwar fast, aber nicht ganz erreicht hatte – diese Reaktion setzte erst voll nach einer Schickstarre ein, die etwa eine Generation umfasste. Tom Segevs „Siebte Million“ – die Million, die der Mordmaschinerie gerade nioch entkommen war, war in der öffentlichen Wahrnehmung quasi nicht vorgesehen: In weiten Teilen Europas, vor allem auch in der von der UdSSR kontrollierten Europa wie in der Sowjetunion selbst, waren die jüdischen Überlebenden entweder „displaced persons“ wie andere auch; oder sie waren nicht näher ausdifferenzierte Opfer eines nicht näher ausdifferenzierten „Faschismus“.

Die Reaktion auf Flucht und Flüchtlinge heute, in Europa, ist anders – und doch wiederum nicht so anders. Wir beobachten eine Kulturalisierung, hinter der ein zumeist ein nicht selbst eingestandener Rassismus steht und zum Aufbau einer Rechtfertigung der Exklusion führt – „Sie“ gehören nicht zu uns, weil sie „anders“ sind.

Die Konstruktion, die Erfindung des „Anderen“ begründet die Gemeinsamkeit:

- Wenn weitgehend säkularisierte Gesellschaften sich als „christlich“ zu definieren beginnen. Die christlichen Kirchen, allen voran die Römisch-Katholische Kirche, sind immer weniger in der Lage, ihre Gotteshäuser zu füllen; aber viele unter denen, die sich mit dem Christentum nicht oder kaum beschäftigen, wollen nun ein christliches Abendland verteidigen.
- Wenn Menschen, die eine Kirche von innen praktisch nie gekannt haben, nun das Monopol des örtlichen Kirchturms vor dem Minarett schützen wollen – als ob die Republik Österreich nicht froh sein könnte, mit der Integration des Islam in Form des Status einer anerkannten Religionsgesellschaft eine mit Demokratie und Menschenrechten kompatible, institutionelle Form der Integration entwickelt zu haben.
- Wenn eine faktisch multikulturelle Gesellschaft, in der Bücherleser und Nicht-Bücherleser, in der Theatergeher und Nicht-Theatergeher, in der Mozart-Fans und Abba-Fans friedlich miteinander leben, sich nun eine kulturelle Eindeutigkeit zulegt, um sich so gegen eine fremde Kultur abzugrenzen

Ein Beispiel für die Hysterisierung ist die Debatte um den „Burkini“ in Frankreich: Die neuen Aufgaben für den Gendarm von St.Tropez, der nun – nicht wie in den Filmen der 1970er

Jahre – nun nackt Badende zu verfolgen hat, sondern solche, die mit einem bestimmten, für „fremd“ erklärten Badeanzug bekleidet sind. Dazu zählt auch die Absurdität einer Kopftuchdebatte, die ein Nicht-Problem deshalb als Problem konstruiert, um eine Legitimierung für eine nicht eingestanden rassistische Abgrenzungspolitik zu finden

Ein weiteres Beispiel ist die Instrumentalisierung eines vorhandenen islamischen Antisemitismus, der nun als Begründung, besser als Vorwand für eine Politik der Grenzschießung herangezogen wird: Es ist absurd, wenn Politikerinnen und Politiker, die sich mit den antisemitischen Wurzeln ihrer eigenen Parteien und Bewegungen nicht auseinandersetzen, sich nun zu Protektoren des Judentums aufspielen, um Flüchtlinge aus Österreich fernzuhalten.

Was tun?

Staat und Gesellschaft sind gefordert – im Interesse der Grundwerte, auf die sie sich berufen; im Interesse der universellen Menschenrechte und der Grundfreiheiten der Demokratie. Europa als Union, als eine unvollendete Föderation ist ebenso gefordert wie Österreich als Nationalstaaten mit Restsouveränität.

Der Befund: Italien, Griechenland, Bulgarien werden in ihrer geographisch zufälligen Situation an der EU-Außengrenze weitgehend allein gelassen. Sündenböcke werden aufgebaut – Angela Merkel oder auch George Soros. Das Dilemma der EU ist, dass kausale Zusammenhänge zwar erkennbar sind, aber nicht mit der notwendigen politischen Konsequenz beantwortet werden. Zu den Widersprüchen zählen:

- Defizite bei der Kontrolle der Außengrenze und die Neigung, die Freiheiten des Binnenmarktes (Freiheit des Personenverkehrs) und des Schengen-Vertrages auszusetzen und damit letztendlich zu opfern.
- Das Festhalten an Souveränitätsvorstellungen, die einer vertieften Integration widersprechen – sichtbar etwa im Fehlen einer europäischen Migrationspolitik, im Fehlen gemeinsamer europäischer Standards des Zuganges zur Staatsbürgerschaft.
- Die Mantra, die Ursachen der Migration nach Europa müssten „vor Ort“ zu lösen sein – eine an sich richtige und überzeugende Analyse, die aber auch und vor allem als Vorwand dient, gegenüber Migration und Flüchtlingen an einer prinzipiellen Abwehr festzuhalten.
- Das oft überraschend schnelle Aufbrechen multikultureller Fassaden, universalistischer Bekenntnisse und eines individuell gelebten Kosmopolitismus (ausgedrückt in Fernreisen zu exotischen Urlaubszielen) – Fassaden die rasch durch irrationale Hysterie zerstört werden.

„Damals“ und „Heute“ – damals, 1947, und heute, 2017: Die bedrückende Gemeinsamkeit ist das Fehlen einer europäischen, einer transnationalen Politik

Damals, 1947, war eine vielfache politische Unfähigkeit zu beobachten:

- Die Unfähigkeit der britischen Mandatsmacht in Palästina, der mehrfachen Verantwortung gerecht zu werden, die sie übernommen hatte – der Verantwortung, die aus der Balfour Declaration wie auch aus den Versprechungen gegenüber den aus dem vormals Osmanischen Raum kommenden Unabhängigkeitsbewegungen kam.
- Die Unfähigkeit der Alliierten, zu einer einheitlichen Politik zu finden – da gab es die Politik der UdSSR, in der gerade eine offen antisemitische Politik eingesetzt hatte; da gab es eine Rivalität zwischen Frankreich und Großbritannien, die versuchten, im Nahen Osten den Abschied von ihrer alten, imperialen Großmachtrolle hinauszuschieben; da gab es die USA, die noch nicht so recht wussten, ob und wie sie ihrer neu gewonnenen Position als Supermacht gerecht werden wollten.
- Die Unfähigkeit der eben erst befreiten Länder Europas, ihre Befreiung nicht nur als nationales, als heroisches Narrativ des Widerstandes gegen fremde Okkupation wahrzunehmen, sondern auch und wesentlich als ein Jahrhundertereignis, in dessen Mittelpunkt das mit Krieg und Besatzung nicht unmittelbar verbundene erstmalige Verbrechen des Holocaust stand.
- Die Unfähigkeit der österreichischen Regierung, die zwar einerseits redlich bemüht war, aus den Trümmern der NS-Herrschaft – die ja auch von der österreichischen Gesellschaft mit zu verantworten war – eine staatliche Ordnung aufzubauen, die aber gegenüber dem Schicksal der Überlebenden der Shoah merkwürdig teilnahmslos schien, wie dies in dem von Oskar Helmer in den Ministerratsprotokollen festgehaltenen Ausspruch zum Ausdruck kam – er sei dafür, „die Sache“ (die Rückerstattung des Vermögens der österreichischen Überlebenden des Holocaust) „in die Länge zu ziehen“.

Angesichts dieser aus den vielfachen Widersprüchen kommenden Unfähigkeiten ist die Bereitschaft von Teilen der Gesellschaft – gerade auch der österreichischen Zivilgesellschaft zur Hilfe – umso aner kennenswerter: Jüdinnen und Juden, die sich in dem von der NS-Herrschaft befreiten Europa nicht sicher fühlen konnten; Jüdinnen und Juden, die auch von dem Wissen um postnazistische Pogrome – wie etwa dem im polnischen Kielce – bestimmt waren; Jüdinnen und Juden, die viele gute Gründe zur Annahme hatten, dass das allgemein verkündete „Nie Wieder“ für sie nur relative Bedeutung haben konnte; Jüdinnen und Juden, die nach Palästina wollten, um dort einen Staat aufzubauen, in dem sie nicht eine bestenfalls tolerierte Minderheit sein konnten.

Herausforderung und Gefahr

Heute ist ebenfalls eine vielfache politische Unfähigkeit zu beobachten - eine Problematik als politische Herausforderung und intellektuelle Gefahr:

- Eine Politik, die primär eine universelle und speziell eine europäische Dimension hat, wird innenpolitisch definiert: Internationales Recht betreffend politisches Asyl wird de facto negiert; die Regeln des Binnenmarktes und des Schengen-Vertrages werden relativiert; die europäische Solidarität bricht zusammen, wie an der Reaktion der Visegrad-Staaten besonders deutlich ist.

- Der Holocaust wird zum polemischen Kleingeld – “gut gemeint“, in Form von Gleichsetzungen zwischen „damals“ und „heute“; nicht so gut gemeint, wenn islamischer Antisemitismus als Vorwand für eine Politik der Grenzschießung gegenüber Flüchtlingen und Zuwanderern herangezogen wird.
- Gesellschaften wie die österreichische sind geneigt, sich ihrer Verantwortung begründenden Prägung durch den Holocaust zu entziehen – mit dem Hinweis auf eine konstruierte Alltäglichkeit des Holocaust in Aleppo oder im Mittelmeer.

Die intellektuelle Aufgabe, vor die wir gestellt sind:

- Es geht darum, den „Überbau“- Charakter ethnisch-kultureller Exklusion zu erkennen und zu vermitteln – es geht nicht um „Fremde“, die per se bedrohlich sind; es geht um die praktische Zumutbarkeit, in Verbindung mit den Verpflichtungen gegenüber politischen Flüchtlingen; Verpflichtungen, die universell sind und die insbesondere europäische Demokratien binden; Verpflichtungen insbesondere auf ein faires Asylverfahren; Verpflichtungen zur Formulierung nachvollziehbarer, europäischer Standards. Und es geht darum, wie mit Migration, mit Zuwanderung aus ökonomischen Gründen umgegangen werden soll – nicht als Katastrophe, sondern als eine Herausforderung, die es in der Geschichte immer und immer wieder gegeben hat
- Es geht um die Entmystifizierung eines Problems, das einen reichen Kontinent wie Europa nicht von vornherein überfordert – ebenso wenig wie die Massenzuwanderung, die in Form unfreiwilliger Migration (Sklavenhandel) und freiwilliger Migration den gesamten amerikanischen Kontinent entscheidend formte, diesen Kontinent überfordert hat. Dieses Problem ist ein Grund, um zu einer europäischen Politik zu finden.

Die politische Aufgabe, vor der wir stehen:

Druck auf die Politik zu machen – in Form eines gesellschaftlichen, eines zivilgesellschaftlichen Gegendrucks, der sich gegen den Druck der Hysterisierung und der Konstruktion von Furcht stellt.